

Insolvenzen im Jahre 1962

Die Zahl der Insolvenzen schwankt im allgemeinen im Rhythmus der Konjunktur. Die Verflachung des wirtschaftlichen Wachstums seit 1960 ließ die Insolvenzfälle in den Jahren 1961 und 1962 wieder steigen. 1962 war der Zuwachs allerdings geringer als 1961.

1962 ist die Zahl der Insolvenzen nur noch wenig gestiegen. Insgesamt wurden 726 gerichtliche Verfahren (Konkurse plus Ausgleichs minus Anschlußkonkurse) und 612 mangels Masse abgewiesene Konkursanträge registriert, um 12 und 22 mehr als im Vorjahr (+2% und +4%) 1961 hatte die Gesamtzahl der Insolvenzen um 77 oder 6% zugenommen. Bemerkenswert ist, daß die gerichtlichen Insolvenzverfahren in den letzten beiden Jahren niedriger waren als in den konjunkturell vergleichbaren Jahren 1956 bis 1959, als die Wirtschaft im Durchschnitt sogar etwas stärker expandierte. Allerdings war die Wirtschaft damals weniger liquid¹⁾.

Entwicklung der Insolvenzen¹⁾

	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1962 in % von 1961
Konkurse	433	527	572	559	484	502	551	109,8
Gerichtliche Ausgleichs	438	428	392	317	259	301	286	95,0
Anschlußkonkurse ²⁾	-140	-161	-138	-120	-133	-89	-111	124,7
Gerichtliche Insolvenzverfahren insgesamt	731	794	826	756	610	714	726	101,7
Abgewiesene Konkursanträge ³⁾	478	545	513	644	617	590	612	103,7
Gesamtzahl der Insolvenzen	1 209	1 339	1 339	1 400	1 227	1 304	1 338	102,6

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 — ²⁾ Ausgleichs die in Konkurse umgewandelt wurden und daher doppelt gezählt sind — ³⁾ Mangels Vermögen

Schaltet man die Insolvenzen von Privatpersonen (insbesondere Nachlaßkonkurse) aus, die 1962 stark rückläufig waren (-43%), so haben die über Wirtschaftstreibende eröffneten gerichtlichen Insolvenzverfahren zwar stärker zugenommen als die Zahl der gesamten Verfahren, aber ebenfalls weniger als im Vorjahr, obwohl sich das Wirtschaftswachstum verflachte. 1962 gab es in der Wirtschaft 654 gerichtlich abgewickelte Insolvenzfälle, um 66

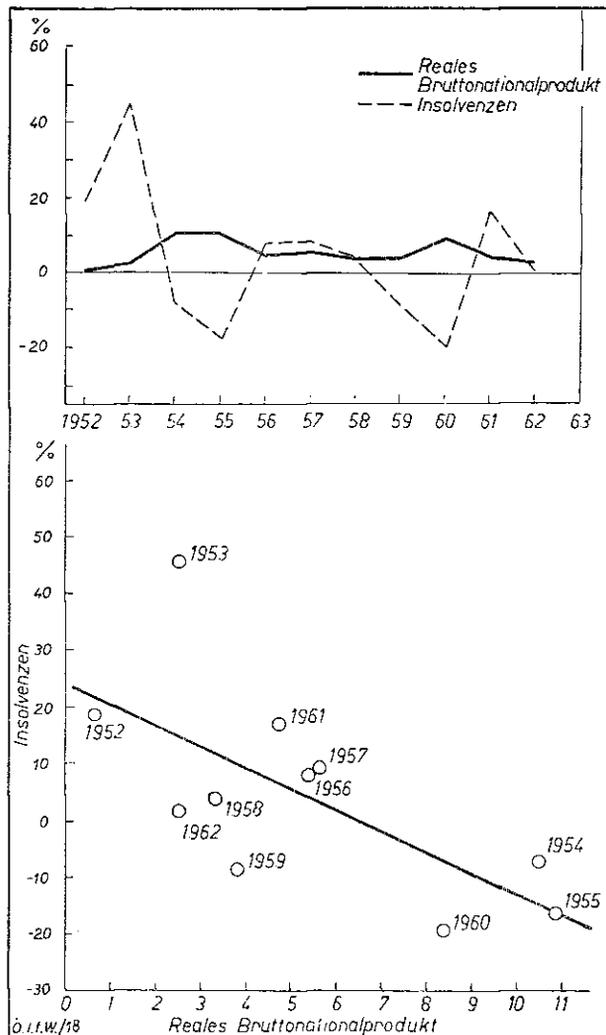
¹⁾ Nimmt man das Verhältnis zwischen privaten Scheckeinlagen und Bruttoertrag der Umsatzsteuer als Maßstab für die Liquidität der Wirtschaft, so war diese von 1955 bis 1958 im Durchschnitt um etwa 5% niedriger als 1960/61. Dabei wird unterstellt, daß sich Veränderungen in der Liquidität mit einem Zeitabstand von etwa einem Jahr auf die Entwicklung der Insolvenzen auswirken.

oder 11% mehr als vor einem Jahr. 1961 hatten die Insolvenzen in der Wirtschaft um 91 oder 18% zugenommen.

Wie in den meisten Vorjahren verdrängten auch 1962 die Konkurse immer mehr die Ausgleichs. Die Zahl der Konkurse nahm um 10% zu, während die als Ausgleichsverfahren eröffneten und abgewickelten Insolvenzverfahren um 17% zurückgingen. Dadurch stieg der Anteil der Konkurse an der Gesamtzahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren von 70% auf 76%. In den letzten zehn Jahren war er fast ständig gestiegen, nur zweimal (1956 und 1961) nahm er ab, als die Konjunkturentwicklung umschlug. 1962 kamen auf ein Ausgleichsverfahren rund drei Konkurse, während 1953 das Verhältnis noch etwa 1:1 betrug. Der wachsende Anteil der Konkurse hängt vor allem damit zusammen, daß die Gläubiger, nicht zuletzt unter dem Einfluß des Kreditschutzverbandes von 1870, immer rigoroser werden und die Ausgleichswürdigkeit der Schuldner mit zunehmender Strenge prüfen. Zahlungsfähigkeit wird in einer ständig wachsenden Wirtschaft immer mehr als persönliches Versagen und nicht als unverschuldete, vorübergehende Notlage gewertet. Die Ansicht, daß ein Ausgleich in den meisten Fällen den endgültigen Zusammenbruch nur hinausschieben, nicht aber verhindern würde, setzt sich offenbar immer mehr durch. Nur wenn die Konjunktur plötzlich umschlägt, wie 1956 und 1961, scheinen die Gläubiger eher geneigt zu sein, Ausgleichs zuzustimmen. (Damit dürfte sich vor allem der steigende Anteil der Ausgleichs in diesen beiden Jahren erklären.) Außerdem sind die Gläubiger mit der Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage solidarischer geworden und sind mehr als früher bereit, auf Sondervorteile zu verzichten²⁾. Schließlich verleiten die günstige Konjunktur und die Erwartung eines guten Geschäftes viele Schuldner, die Anmeldung der Insolvenz solange hinauszuschieben, bis nur noch der Konkurs übrig bleibt.

²⁾ Vergleiche H. Knapp, „Integraler Kreditschutz durch Gläubigersolidarität“, Finanznachrichten Jg. 1961, Nr. 20.

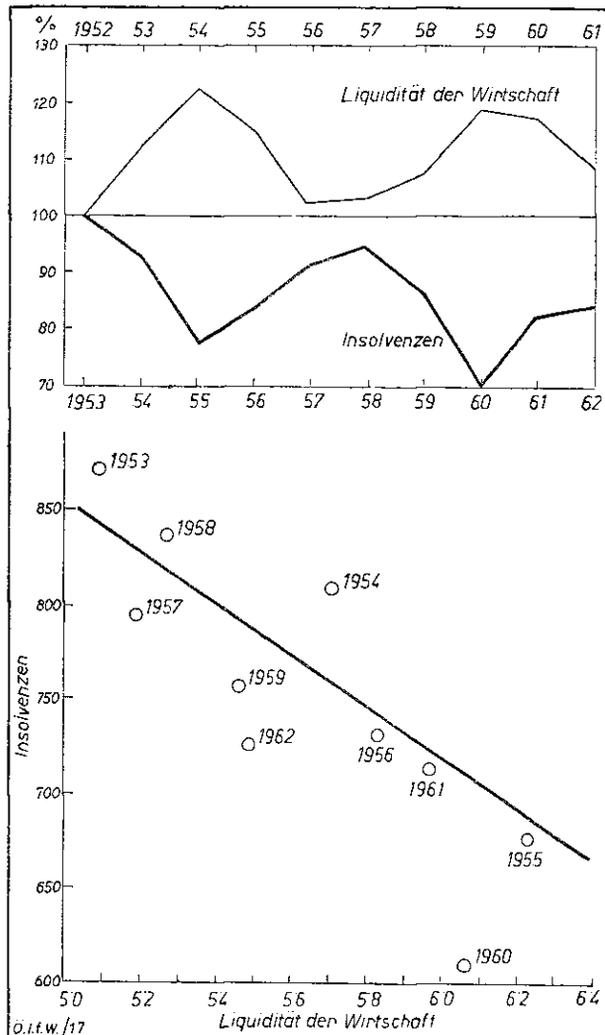
Insolvenzen und Wachstum der Wirtschaft
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Regressionsgleichung: $Y = 24'042 - 3'648x$
Korrelationskoeffizient: $r = -0'663$

Insolvenzen = Konkurse + gerichtliche Ausgleiche — Anschlußkonkurse
Wachstum der Wirtschaft = Jährliche Veränderungen des realen Brutto-Nationalprodukts
Liquidität der Wirtschaft = Private Scheckeinlagen : Umsatzeingänge (brutto)

Insolvenzen und Liquidität der Wirtschaft



Regressionsgleichung: $Y = 1713'12 - 169'87x$
Korrelationskoeffizient: $r = -0'863$

Zwischen Insolvenzen einerseits und Wachstum bzw. Liquidität der Wirtschaft andererseits besteht ein deutlicher Zusammenhang. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Insolvenzen meist gestiegen, wenn das Wachstum der Wirtschaft und die Liquidität abgenommen haben. Umgekehrt verminderten sich die Insolvenzfälle, wenn die wirtschaftliche Expansion und die Liquidität zunahm.

Struktur der Insolvenzen¹⁾

Jahr	Anzahl der Konkurse an der Gesamtzahl der gerichtl. Insolvenzen in %	Verhältnis Ausgleiche : Konkurse
1953	53,3	1 : 1,1
1954	58,5	1 : 1,4
1955	63,1	1 : 1,7
1956	59,2	1 : 1,5
1957	66,4	1 : 2,0
1958	69,2	1 : 2,3
1959	73,9	1 : 2,8
1960	79,3	1 : 3,8
1961	70,3	1 : 2,4
1962	75,9	1 : 3,1

¹⁾ Errechnet aus Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870

Die Zunahme der Insolvenzfälle seit 1960 läßt sich vor allem mit dem Nachlassen des wirtschaftlichen Wachstums und der rückläufigen Liquidität der Wirtschaft erklären. Viele Unternehmer, die ihre Kreditdispositionen nach der Expansion des Jahres 1960 richteten, gerieten in Zahlungsschwierigkeiten, als die erwartete Geschäftsausweitung ausblieb. Die finanzielle Lage verschlechterte sich meist noch dadurch, daß 1961 und 1962 die hohen Gewinne der Jahre 1959 und 1960 nachversteuert werden mußten. Wegen der angespannten Liquidität der Wirtschaft war es notleidenden Unternehm-

men auch kaum möglich, zusätzliche Überbrückungskredite zu erhalten. Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Insolvenzen, vor allem der gerichtlichen Insolvenzverfahren, und wirtschaftlichem Wachstum bzw. Liquidität der Wirtschaft läßt sich auch längerfristig deutlich feststellen. Nimmt man die reale Veränderung des Brutto-Nationalprodukts als Maßstab für das Wachstum der Wirtschaft, so zeigt sich in den letzten zehn Jahren, daß die Insolvenzen fast immer abnahmen, wenn die Zuwachsraten des Brutto-Nationalprodukts stiegen. Umgekehrt erhöhten sich die Insolvenzen, wenn das wirtschaftliche Wachstum nachließ. Die aus den jährlichen Veränderungsdaten der gerichtlichen Insolvenzverfahren und des realen Brutto-Nationalprodukts gerechnete Regression ergibt einen Korrelationskoeffizienten von $-0,66$. Veränderungen in der Liquidität der Wirtschaft, für die das Verhältnis zwischen privaten Scheckeinlagen und Umsatzsteuereinnahmen als Maßstab genommen werden kann, wirken sich mit einem Abstand von etwa einem Jahr auf die Entwicklung der Insolvenzen aus. Bei steigender Liquidität nehmen die Insolvenzen meist ab und umgekehrt steigen sie, wenn die Liquidität sinkt. Der Korrelationskoeffizient ist mit $-0,86$ sogar höher als der aus der Korrelation zwischen Insolvenzen und Brutto-Nationalprodukt.

Stärker als die Zahl der Insolvenzfälle haben 1962 wahrscheinlich die durch sie verursachten *finanziellen Verluste* zugenommen. Nach den Erhebungen des Institutes in rund 120 Fällen und den Erfahrungen des Kreditschutzverbandes von 1870 auf Grund der von ihm vertretenen Forderungsbeiträgen ist die durchschnittliche Schuldenhöhe pro Fall gestiegen. Aus den auf diese Weise ermittelten durchschnittlichen Passiven läßt sich die gesamte Schuldensumme der gerichtlich abgewickelten Insolvenzverfahren (die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge fallen wertmäßig kaum ins Gewicht) für 1962 auf etwa 700 Mill. S schätzen, gegen etwa 600 Mill. S im Vorjahr¹⁾. Dieser Zunahme der Passiven standen außerdem relativ weniger Aktiven gegenüber, weil der Anteil der Konkurse zugenommen hat und die Überschuldung bei den Konkursen größer geworden ist. Nach den Erhebungen des Institutes — die allerdings nur eine kleine Zahl der Fälle erfaßte — waren 1962 bei den

Konkursen 55% der Passiven durch Vermögenswerte gedeckt, gegen 63% im Vorjahr. Dagegen ist bei den Ausgleichen der Anteil der Aktiven an den Passiven mit 78% nahezu unverändert geblieben. Dementsprechend waren auch die vereinbarten Ausgleichsquoten im Durchschnitt (gewogen mit der Höhe der Forderungen) etwa gleich hoch wie im Vorjahr (47%). Auch die für die Erfüllung dieser Quoten vereinbarten Fristen waren im Durchschnitt etwa so lang wie im Vorjahr (8 bis 12 Monate).

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Wirtschaftszweigen¹⁾

Wirtschaftszweig	1961	Konkurse		Ausgleiche ²⁾	
		1962	1962 in % von 1961	1961	1962 in % von 1961
Industrie	63	69	109,5	28	35
Großhandel	40	42	105,0	27	16
Einzelhandel	139	157	112,9	68	55
Handwerk	167	228	136,5	56	52
Private	95	55	59,1	35	17
Insgesamt	502	551	109,8	212	175

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 — ²⁾ Ohne Anschlußkonkurse

1962 gab es ebenso wie 1961 in allen *Wirtschaftszweigen*, ausgenommen den Großhandel, mehr Insolvenzen als im Vorjahr. Am höchsten war, wie auch im Vorjahr, der Zuwachs im Handwerk, wo um 57 oder 26% mehr Insolvenzfälle (Konkurse + Ausgleiche — Anschlußkonkurse) gezählt wurden als 1961. In der Industrie nahm die Zahl der Insolvenzen um 13 oder 14%, im Einzelhandel nur um 5 oder 2% zu. Im Großhandel gab es um 9 Insolvenzfälle weniger als 1961. Von den 726 gerichtlich abgewickelten Insolvenzverfahren entfielen 39% auf das Handwerk, 29% auf den Einzelhandel, 14% auf die Industrie, 8% auf den Großhandel und der Rest von 10% auf Privatpersonen. Trotz der starken Konzentration der Insolvenzen auf das Handwerk war die Insolvenzhäufigkeit (Anteil der Insolvenzen an der Gesamtzahl der Betriebe) in diesem Wirtschaftszweig unterdurchschnittlich (0,2%). In der Industrie wurden 1962 etwa 1,2%, im Großhandel etwa 0,4% und im Einzelhandel 0,3% der Firmen insolvent²⁾.

¹⁾ Die vom Institut im Vorjahr (siehe Monatsbericht Nr. 3, Jg. 1962, S. 99) auf Grund von Aufzeichnungen über die bedeutendsten Fälle mit 700 bis 800 Mill. S angenommene Schuldensumme der Insolvenzen (allerdings einschließlich mangels Masse abgewiesener Konkursanträge) hat sich nachträglich als wahrscheinlich zu hoch erwiesen.

²⁾ Für die Schätzung der Insolvenzhäufigkeit wurde die Zahl der Betriebe nach den Ergebnissen der Betriebszählung vom 1. September 1954 mit der Statistik der Bundeshandelskammer über Veränderungen im Bestand an Betrieben fortgeschrieben. Für den Großhandel wurde die Zahl der Steuerpflichtigen aus der Umsatzsteuerstatistik entnommen, da die Betriebszählung keine ausreichende Trennung zwischen Groß- und Einzelhandel zuläßt.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Branchen- gruppen¹⁾

Branchengruppe	Konkurse			Ausgleiche ²⁾		
	1961	1962	1962 in % von 1961	1961	1962	1962 in % von 1961
Mineralien	7	5	71,4	1	2	200,0
Metalle u. Edelmetalle	44	44	100,0	10	20	200,0
Holz	46	55	119,6	20	21	105,0
Elektro- u. chem. techn. Artikel	42	59	140,5	22	7	31,8
Bau	27	38	140,7	6	—	0,0
Lebensmittel u. Gastgewerbe Textilien, Bekleidung Leder	99	126	127,3	47	22	46,8
Papier, Druck u. Verlag Glas, Parfümerie-, Kurz- waren	8	5	62,5	3	12	400,0
Gemischtwaren Sonstige	12	13	108,3	6	5	83,3
	34	27	79,4	13	17	130,8
	21	46	219,0	6	22	366,7
Insgesamt	409	496	121,3	179	158	88,3

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 — ²⁾ Ohne Anschlußkonkurse.

Die Entwicklung der Insolvenzen nach *Branchen* spiegelt zum Teil das Nachlassen der Investi-

tionen und die anhaltend starke Zunahme der Nachfrage nach Konsumgütern in den letzten beiden Jahren wider. Während die Gesamtzahl der notleidenden Unternehmungen um 11% gestiegen ist, erhöhten sich die Insolvenzen in der Bau-, Holz- und Metallwirtschaft um 15% bis 19%. Dagegen wurden in der Lebensmittelbranche (einschließlich Gastgewerbe) nur um 1% mehr Insolvenzen registriert als im Vorjahr, im Bekleidungssektor und im Gemischtwarenhandel sogar um 5% und 6% weniger. Unter den Konsumgüterzweigen nahm nur in der Papierwirtschaft die Zahl der notleidenden Betriebe relativ stark zu (+55%). Allerdings handelt es sich da nur um 6 Fälle; Hauptursache der Zahlungsschwierigkeiten war die Verschlechterung der Exportbedingungen. Dafür spricht auch, daß im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung in dieser Branche nur die Ausgleiche zunahm, während die Zahl der Konkurse sogar gesunken ist.

Der österreichische Fremdenverkehr 1961/62

Der Reiseverkehr in Österreich hat auch in der letzten Saison kräftig zugenommen. Die Ausländerbesuche stiegen mit +21% stärker als in den anderen europäischen Fremdenverkehrsländern. Die Umsätze im Fremdenverkehr betragen annähernd 12 Mrd. S, davon mehr als 9 Mrd. S aus dem Ausländerverkehr. Die Privatzimmervermietung ist zu einer wichtigen Stütze des Fremdenverkehrs geworden. Hätte sie nicht so stark zugenommen, wäre die Sommersaisonspitze nicht zu bewältigen gewesen. Allerdings wirft das wachsende Angebot an Privatquartieren auch Probleme auf, wie etwa das der Verpflegung und der ungleichen Steuerbelastung.

12 Milliarden Schilling Umsatz

Im österreichischen Fremdenverkehr wurden in der Saison 1961/62 (1. November bis 31. Oktober) 57 Mill. Übernachtungen gezählt. Davon entfielen 53 Mill. auf Hotels, Gasthöfe, Pensionen sowie Privatquartiere und 4 Mill. auf Jugendherbergen, Kinder- und Erholungsheime, Massenunterkünfte und Campingplätze. Der Zuwachs gegen das Vorjahr war mit 14% bemerkenswert hoch. (In der Schweiz betrug er nur 4%.)

Der Fremdenverkehr in Österreich hat sich seit 1954/55 verdoppelt. Seine wirtschaftliche Bedeutung kann in den erzielten Umsätzen gemessen werden. Sie müssen allerdings mangels geeigneter

statistischer Unterlagen grob geschätzt werden. Die Ausgaben der Ausländer lassen sich aus der Devisenstatistik ermitteln. Wohl stimmt sie kurzfristig oft nicht mit der Entwicklung des Reiseverkehrs überein (Vorbuchungen), weiters dürfte sie nicht den ganzen Devisentransfer erfassen. Aber auf längere Sicht und im groben scheint sie doch ungefähr die Ausgaben der Ausländer wiederzugeben. Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerverkehr betragen 1961/62 9.092 Mill. S. Das ergibt rein rechnerisch einen Umsatz von 261 S pro Übernachtung. Zweifellos ist diese Kopfquote zu hoch, da in den Einnahmen auch jene aus dem kurzfristigen Reiseverkehr (ohne Übernachtungen) enthalten sind. An-